

Mittwoch, 28. Oktober 2009

Erweiterung Gemeindevorstand: Bürgerwillen akzeptieren – teuren Urnengang vermeiden

SPD-Fraktion appelliert an Vernunft der Gemeindevertretung

In Mainhausen tobt seit vergangenem Juni eine heftige Auseinandersetzung über die Vergrößerung des Gemeindevorstandes. Die Koalition aus CDU und FDP hatte gemeinsam mit der UWG für eine Änderung der Hauptsatzung gesorgt und sich somit zusätzliche Posten (je Fraktion ein Sitz) in dem Verwaltungsgremium gesichert. Seither verfügt die kleinste Gemeinde im Kreis formal über das größte Verwaltungsorgan. Ein Bürgerbegehren hat den Vollzug des Beschlusses jedoch mit fast 1.200 gesammelten Unterschriften inzwischen zum Erliegen gebracht und eine Aufstockung aufgeschoben. Nächster Schritt wäre ein Bürgerentscheid, bei dem alle Bürgerinnen und Bürger Mainhausens zu einer Abstimmung über die Angelegenheit aufgerufen würden.

Am kommenden Dienstag (03.11.) wird die Mainhäuser Gemeindevertretung über die Zulässigkeit des Bürgerbegehrens von sechs auf neun ehrenamtliche Beigeordnete entscheiden. Gleichzeitig hat die SPD-Fraktion die Rückführung der Anzahl der Gemeindevorstandsmitglieder auf sechs ehrenamtliche Beigeordnete beantragt. Nach dem Willen der Sozialdemokraten soll so mit einer Änderung der Hauptsatzung die ursprüngliche Größe des Verwaltungsorgans wieder hergestellt und der drohende Bürgerentscheid vermieden werden.

Der SPD-Fraktionsvorsitzenden Kai Gerfelder appelliert in diesem Zusammenhang nochmals an die Vernunft der Mainhäuser Gemeindevertreter. „Wir haben für die nächste Sitzung den Antrag gestellt, die Hauptsatzung wieder in den alten Zustand zu versetzen. CDU, FDP und UWG haben somit die Chance den deutlichen Bürgerwillen zu akzeptieren und von ihrem rein machtpolitisch motiviertem Vorhaben Abstand zu nehmen. Die Kosten für die neuen Beigeordneten belaufen sich außerdem auf 6.000 Euro im Jahr. Bis zur nächsten Kommunalwahl sind es noch sechzehn Monate. Ein Bürgerentscheid soll Mitte Dezember stattfinden, danach ist es noch etwas mehr als ein Jahr für einen größeren Gemeindevorstand. Die Kosten für einen Bürgerentscheid - der wie eine reguläre Wahl durchgeführt wird - belaufen sich auf etwa 7.000 bis 10.000 Euro. Das alles steht nicht in Relation. Wir gehen davon aus, dass wenigstens eine Hand voll Gemeindevertreter genug Rückrat besitzt, die getroffene Entscheidung zu revidieren“, so SPD-Fraktionschef Kai Gerfelder.

www.spd-mainhausen.de

SPD Mainhausen, V.i.S.d.P. Gisela Schobbe, Schillerstraße 68, 63533 Mainhausen